

WIRTSCHAFT

Schäden geringer als erwartet

Knapp 50 Millionen Euro Fluthilfe in Brandenburg ausgezahlt

Das Hochwasser im vergangenen Jahr hat in Brandenburg weit geringere Schäden angerichtet als erwartet. Gerechnet worden war mit einer Gesamtsumme von rund 92 Millionen Euro - gut die Hälfte hat die Beseitigung der Schäden letztlich gekostet.

48,4 Millionen Euro hat die Beseitigung von Flutschäden nach dem Hochwasser im Sommer des vergangenen Jahres gekostet. Das erklärte Matthias Haensch, Sprecher der Investitionsbank (ILB), gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Damit sind die entstandenen Schäden weit geringer als zunächst angenommen. Nach der Flut hatte Brandenburg die Gesamtsumme auf rund 92 Millionen Euro geschätzt.

Es seien keine weiteren Auszahlungen mehr zu erwarten, bis auf wenige Einzelfälle, so Haensch. Die Anmeldefrist für alle Programme sei bereits abgelaufen.

MEHR ZUM THEMA

Ein Jahr nach der Hochwasserkatastrophe Mehr Fläche gegen die Flut



Ein Jahr nach dem Juni-Hochwasser hat Brandenburg die größten Schäden der Flut überwunden. Viele der Deiche an Elbe, Oder und Schwarzer Elster sind inzwischen repariert oder vergrößert worden. Erst Ende Mai wurde ein neuer Deichabschnitt bei Wittenberge übergeben. Aber Schutzwälle allein genügen nicht - die Flüsse brauchen mehr Raum. *Von Sebastian Schneider*

Viel Geld für Straßen, Gebäude und Anlagen

Das meiste Geld musste in die Sanierung von Straßen, Gebäuden und Anlagen gesteckt werden: 28,7 Millionen Euro kostete die Schadenbehebung in diesem Bereich. Einen weiteren Großteil erhielten die Landwirte: Knapp 330 von ihnen bekamen insgesamt rund 19,4 Millionen Euro, weil deren Felder überflutet waren.

Eher gering hielten sich die Schäden bei Firmen und Privatleuten. Fünf Firmen erhielten insgesamt 45 000 Euro Soforthilfe und zehn geschädigte Bürger gut 227 000 Euro für die Instandsetzung ihrer Wohnungen.

Schwerpunkte waren neben Vorsorgemaßnahmen im Spreewald und in Cottbus die an der Elbe gelegenen Städte Wittenberge und Bad Wilsnack, das Amt Rhinow, das Milower Land, Herzberg und Mühlberg.

Kein Geld aus dem Fonds für Flüchtlinge

Bund und Länder hatten einen Fluthilfefonds in Höhe von acht Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Fonds wird vermutlich nicht ausgeschöpft. In der vergangenen Woche hatten die Ministerpräsidenten der Länder jedoch die Idee

abgelehnt, Hilfen für Flüchtlinge mit den nicht abgerufenen Geldern zu bezahlen.

Jedoch hat der Bund nun für die Unterbringung der Asylbewerber in den kommenden zwei Jahren Unterstützung von einer Milliarde Euro in Aussicht gestellt, die über Festbeträge aus der Umsatzsteuer fließen sollen.

Stand vom 01.12.2014